

Schmid, Günther

Book Part — Digitized Version

Möglichkeiten und Grenzen einer "Verklammerung" von Policy-, Politics- und Polity-Orientierungen in Forschung und Lehre?

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Schmid, Günther (1985) : Möglichkeiten und Grenzen einer "Verklammerung" von Policy-, Politics- und Polity-Orientierungen in Forschung und Lehre?, In: Hans-Hermann Hartwich (Ed.): Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland: ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zu den Grundfragen der Politikwissenschaft. 1. Wissenschaftliches Symposium der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft am 22./23. November 1984 im Leibniz-Haus zu Hannover, ISBN 3-531-11755-6, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 181-191

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112177>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

TEIL 4

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN EINER "VERKLAMMERUNG" VON POLICY-, POLITICS- UND POLITY-ORIENTIERUNG IN FORSCHUNG UND LEHRE. GIBT ES ENTGEGENSTEHENDE FORSCHUNGSMANENTE LOGIKEN ZUR FRAGMENTIERUNG?

Einführung:

Privatdozent Dr. Günther Schmid, Berlin

Diskussionsleitung:

Prof. Dr. Hans-Hermann Hartwich, Hamburg

STATEMENTS

Möglichkeiten und Grenzen einer "Verklammerung" von Policy-, Politics- und Polity-Orientierungen in Forschung und Lehre?

Günther Schmid

Bevor ich die Einführung beginne, erscheint es mir sinnvoll, noch einmal den begrifflichen Konsensus zusammenzufassen, wie ich ihn aus der bisherigen Diskussion herausgehört habe:

Unter Polity-Orientierung verstehe ich einmal die Frage nach der Beschaffenheit und Auswirkung politischer Institutionen, z. B. die Frage nach den Auswirkungen des Mehrheitswahlrechts auf die Zusammensetzung von Regierungen und die Chancen der Interessendurchsetzung von Minderheiten unter einer derartigen institutionell festgelegten Entscheidungsregel. Zur Polity-Orientierung gehört aber auch die normative oder ordnungspolitische Frage nach den "guten politischen Institutionen", wobei die Güte an demokratischen Basiswerten und an Vorstellungen über die anthropologische Grundbeschaffenheit (Hennis) des Menschen gemessen wird.

Unter Politics-Orientierung ist die Frage nach politischen Entscheidungsprozessen und Interessenauseinandersetzungen zu verstehen, d. h. die Frage nach der unmittelbaren oder mittelbaren Interaktion von Individuen oder Gruppen, z. B. die Frage nach dem Zusammenhang von Wahlverhalten und sozialen Schichtenmerkmalen oder die Frage, wie Interessengruppen bis hin etwa zu einzelnen Betrieben

über welche Kanäle und durch welche psychologischen, materiellen, finanziellen oder sozialen Mittel Einfluß auf politische Parteien, auf die Ministerialbürokratie oder auf einzelne politische Persönlichkeiten nehmen.

Policy-Orientierung bezieht sich auf inhaltliche Politikfelder wie Gesundheits-, Bildungs-, Technologie- oder Arbeitsmarktpolitik; sie knüpft an konkreten Problemstellungen an und sucht nach Problemlösungen für vorgegebene oder eigene politische Ziele wie Verbesserung der Umwelt, Vollbeschäftigung, Gleichberechtigung, soziale Sicherung oder gerechte Einkommensverteilung. Policy-Orientierung fragt insbesondere nach den empirischen Auswirkungen bestimmter politischer Interventionsformen und vergleicht deren Wirksamkeit und Effizienz, z. B. ob es einen Unterschied macht, Betriebe zur Einstellung von sog. Problemgruppen des Arbeitsmarktes (etwa Behinderte) zu verpflichten (Quoten) oder ob man ihnen Lohnsubventionen zahlt.

Die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer "Verklammerung" von Polity-, Policy- und Politics-Orientierungen setzt zunächst einmal voraus, daß man ein derartiges Ziel als wünschenswert und notwendig erachtet. Soweit ich sehe, herrscht in dieser Frage weitgehend Konsens: "Keiner der drei Erklärungsansätze könnte für sich allein die politische Wirklichkeit zufriedenstellend erfassen", schreibt Fritz Scharpf in seinem Statement zu dieser Tagung; viele andere haben diese Auffassung in ähnlichen Worten vertreten.

Der Konsens endet jedoch bei der Einschätzung, wie weit die Politikwissenschaft heute von diesem Ziel entfernt ist und welche Strategie einzuschlagen ist, um die Differenz zwischen "Ist- und Sollzustand" zu beseitigen. Unklar ist auch, ob der Konsens tragfähig ist, um einen "Kanon" des "Kernfaches" Politikwissenschaft und die "ideale Verbindung" zwischen policy studies und "Kernfach" zu finden, wie es Hans-Hermann Hartwich als Zielsetzung dieser Tagung formuliert hat.

Die Differenzen beruhen einmal in den unterschiedlichen Ansprüchen des "Verklammerungs-Zieles": von Beyme und Hartwich z. B. sehen den "Kernbereich" der Politikwissenschaft schwerpunktmäßig im Polity- und Politics-Aspekt; Policy-Ansätze sind eine - mit der Mode der Zeit variierende - hilfreiche Ergänzung: methodisch, didaktisch, forschungspragmatisch. Einige, z. B. Praetorius, sehen den

Policy-Zeitgeist sowieso schon im Schwinden begriffen, so daß die Vorherrschaft traditioneller Politikwissenschaft gleichsam polit-darwinistisch gesichert scheint. Weitergehend ist der Anspruch etwa von Hesse und Fijalkowski, die von einer notwendigen und arbeitsteiligen Ergänzung sprechen.

Noch weiter geht Scharpf, der im Grunde genommen eine Integration der drei Ansätze fordert. Er illustriert dies am Beispiel eines "aufgeklärten Institutionalismus". Dieser startet mit der Polity-Dimension und fragt: "machen verfassungsmäßige und administrative Strukturen einen Unterschied?" Dabei stellt sich die Frage: Unterschied in welcher Hinsicht? Während die traditionelle Politikwissenschaft sich darauf beschränkte, die Funktionsleistung politischer Institutionen an Normen rechts- und sozialstaatlicher Demokratiemodelle zu messen, geht die policy-orientierte Analyse weiter und mißt die Funktionsleistung an substantivierten Zielen wie niedrige Arbeitslosigkeit bzw. hohes Beschäftigungsniveau, Geldwertstabilität, hohes und ausgeglichenes Einkommen pro Kopf, saubere Umwelt, niedrige Säuglingssterblichkeit, hohe Lebenserwartung, Abbau ethnischer oder geschlechtsspezifischer Diskriminierung u.a.¹⁾. Neben Scharpf haben auch andere Statements (z. B. Hucke, von Beyme) auf den Zusammenhang von Policy-Forschung und geschichtlicher Ausdifferenzierung und Vervielfältigung staatlicher Politikintervention aufmerksam gemacht. Akzeptiert man die Erweiterung dieses Maßstabes zur Beurteilung politischer Institutionen, dann ist institutionelle Analyse tatsächlich undenkbar ohne konkreten Policy-Bezug, ein integrativer Ansatz ist erforderlich.

Unabhängig vom qualitativen Anspruch der Zielsetzung ("Verklammerung" relativ selbständiger Ansätze oder Integration) gibt es auch Differenzen in der Beurteilung der Dringlichkeit einer "Verklammerung". Während z. B. von Beyme und Murswieck die These der "friedlichen Koexistenz" betonen - Policy-Analyse überwiegend in außeruniversitärer Forschung, Polity- und Politics-Analyse eher in universitärer Lehre -, malen andere (z. B. Hartwich, Greven, Hesse) die Gefahr der Segmentierung an die Wand, insbesondere die Verselbständigung von Policy-Analysen, die zu Verlusten der theoretischen wie kritisch-politischen Relevanz der Politikwissenschaft führen. Analoge Differenzen gibt es in der Wertschätzung der "Verklammerung" von Policy-Analyse und "Kernbereich" der Politikwissen-

schaft. Einigkeit scheint in der Einschätzung zu bestehen, daß die Politikwissenschaft zumindest an empirisch-analytischer Kompetenz durch Policy-Analyse gewonnen hat (Hesse). Uneinigkeit besteht in der Einschätzung des didaktischen Wertes von Policy-Analyse als der Lehre: Hucke sieht hier einen großen Vorteil in der Anschaulichkeit konkreter Politikfelder, andere (z. B. Euchner) sind wegen der Komplexität vieler Politikfelder skeptischer. Dissens besteht auch in der Einschätzung des - wie von Beyme formuliert - "Surplus-Wertes" von Policy-Analyse für die Berufsperspektiven: viele sehen hier einen Vorteil (von Beyme, Murswieck, Hucke, Wollmann), andere - entschieden vor allem Euchner - sind bei diesem Punkt eher skeptisch.

Fazit dieses - sicherlich unvollständigen - Überblicks über Wünschbarkeit und Notwendigkeit einer Verbindung von Polity-, Politics- und Policy-Perspektiven ist: Im großen und ganzen herrscht Übereinstimmung, in der Gewichtung und Ausgestaltung des Zieles gibt es jedoch markante Unterschiede. Von den eher forschensorientierten Wissenschaftlern (z. B. Hesse, Scharpf, Wollmann) wird überraschenderweise eher ein Integrationsmodell bei Hervorhebung der Bedeutung des Policy-Aspektes favorisiert, von den eher an der Lehre orientierten Wissenschaftlern ein Koexistenz-Modell, verbunden mit der Forderung einer Rückbesinnung auf die Vorzüge von "Opas Politikwissenschaft" - wie es von Beyme zwar selbstironisch, aber durchaus auch apologetisch formuliert hat - mit sozusagen freundlicher Duldung "modernistischer" Policy-Forscher, die angeblich "schnittige US-Modelle" (Euchner) bevorzugen.

Wenn diese Vermutung richtig ist, dann folgt daraus eine weitere Hypothese, daß nämlich die Antwort auf die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen der "Verklammerung" von Polity, Politics und Policy für Forschung und Lehre durchaus unterschiedlich zu beantworten ist. Offensichtlich macht auch hier "Polity" (reflexiv gewendet) einen Unterschied, d. h. die institutionellen Bedingungen der Politikwissenschaften bestimmen zum Teil die Art und Weise der notwendigen Verbindung von Polity, Politics und Policy. Es wäre daher blanker Voluntarismus, dieses Symposium in ein stromlinienförmiges Versöhnungsfest zu gestalten. Die unterschiedlichen "Verfassungs- und Verwaltungsstrukturen" der Politikwissenschaft sind aber nicht nur als Handlungsrestriktionen, sondern auch als Handlungsoptio-

nen für die Verbindung der drei Erklärungsansätze zu betrachten.

Wenn wir der Empfehlung von Fijalkowski folgen - und hierin scheint Konsens zu bestehen -, in der Verfassungspolitik (normativ wie prozessual) die zentrale Eigenkompetenz der Politikwissenschaftler zu sehen, dann folgt daraus, daß wir uns auch bei der Reflexion unserer eigenen Rolle entsprechend verhalten und zunächst nach den eigenen institutionellen Bedingungen (normativ wie prozessual) fragen, bevor wir frisch, fröhlich und frei eine stärkere "Verklammerung" unserer Erklärungsansätze fordern. Darüberhinaus macht es Sinn, auch die Politics- und Policy-Orientierungen reflexiv auf uns anzuwenden und zu fragen, welches eigentlich die Verhaltensbedingungen politikwissenschaftlicher Studenten, Dozenten und Forscher sind. Und schließlich machen beide Fragestellungen nur Sinn, wenn wir nicht aus den Augen verlieren, was die Politikwissenschaft zu welchen großen gesellschaftspolitischen Problemen der Gegenwart und Zukunft zu sagen hat.²⁾ Es genügt eben nicht, bloß die Wiederbelebung der großen Politics-Kategorien wie Macht, Herrschaft und Legitimität zu fordern, wenn wir damit nicht zu verbinden wissen, für wen und wozu Macht, Herrschaft und Legitimität wichtig sind.

Wenn wir alle - im Grundsatz wenigstens - einig sind, daß Polity, Politics und Policy zu verbinden sind, was könnte uns hindern, diesen Grundgedanken zu realisieren? Oder was hat uns gehindert bzw. verleitet, dieses Postulat, das ja sicher nicht erst seit heute besteht, nur unbefriedigend zu erfüllen? Es sieht so aus, als ob das Problem, vor dem wir stehen, ähnlich gelagert ist wie das Problem der Bereitstellung öffentlicher Güter. Das öffentliche Gut wäre die "ideale Verbindung" der drei Erklärungsansätze, die Produzenten und zum Teil auch Konsumenten wären wir als Lehrer und Forscher: Theorie, methodische Grundlagen und kritische Relevanz der Politikwissenschaft würden verbessert, Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der Politikwissenschaftler stabilisiert. Wir alle wollen dieses öffentliche Gut, die institutionellen Anreizstrukturen scheinen jedoch so beschaffen zu sein, daß wir zu wenig von diesem Gut produzieren. Ein gutes Beispiel dazu hat uns gestern Carl Böhrer demonstriert: in der Befragung unserer Zunft haben viele die Notwendigkeit von mehr Theorie unterstrichen, aber nur wenige ha-

ben diese Forderung in ihrer Lehr- und Forschungsplanung tatsächlich beherzigt.

Sicher ist die Analogie, die ich hier anstelle, weit überzogen. Dennoch finde ich es reizvoll und hilfreich, diesen Gedankengang für die Fragestellung dieses Nachmittags einmal durchzuspielen. Wir alle kennen die prinzipiellen Lösungsmuster, die Mancur Olson u. a. anbieten, wenn öffentliche Güter in großen Gruppen oder für eine größere Gemeinschaft produziert werden sollen: gesetzliche Verpflichtung oder Zwang, selektive Anreize, "politische Unternehmen".

Zur Strategie "Verpflichtung" oder "Zwang" finden wir einige Beispiele in den Statements dieser Tagung: Hucke fordert eine Verstärkung von Politikfeldbeobachtungen und eine Mindestzahl von policy-orientierten Pflichtveranstaltungen im politikwissenschaftlichen Curriculum, weil er dort das Gewicht der traditionellen Politikwissenschaft für zu stark hält. Euchner formuliert Bedingungen für den "Standardpolitologen", die man als "gesunde" Mischung von polity-, politics- und policy-relevanten Anforderungen bezeichnen könnte. Dann finden wir in den Hauptreferaten und in diversen Statements Soll-Anforderungen - vor allem an die Adresse der Policy-Forscher gerichtet -, von denen noch offen ist, inwieweit sie als verpflichtende Elemente zumindest in politikwissenschaftliche Curricula Eingang finden könnten. Ich fasse ein paar dieser Anforderungen zusammen: Verstärkung der historischen Dimension (z. B. Fijalkowski, Prittwitz), Verstärkung der kognitiven und verhaltensmäßigen Aspekte der Implementationsinstanzen und der sog. Policy-Adressaten (z. B. Hesse, Müller-Rommel); mehrfach werden auch Verstärkung vergleichender Institutionenanalyse und systematische Vergleiche der institutionellen Bedingungen verschiedener Politikfelder gefordert (z. B. Hesse, Fijalkowski, Thurn, Wollmann); Scharpf - etwas skeptischer - macht auf die Einmaligkeit politischer Makro-Institutionen aufmerksam, fordert daher theoretische Bescheidenheit und "sorgfältige Rekonstruktion der Funktionszusammenhänge jeweils konkreter Konfigurationen von politischen Institutionen und Politikinhalten". Es versteht sich von selbst, daß diese Soll-Anforderungen für den Forschungsbetrieb nur die Rolle qualitativer Standards spielen können, die allenfalls im Prozeß der Begutachtung und Vergabe von Forschungsaufträgen (soweit Politikwissenschaftler darauf einen Einfluß haben) verpflichtenden Charakter gewinnen könnten. In der

Lehre sind die Spielräume möglicherweise größer, daraus einen verpflichtenden Kanon von Lehrinhalten zu entwickeln. Allerdings bin ich skeptisch, in der Strategie der Verpflichtung oder des "Zwangs" (im weitesten Sinne) ein großes "Steuerungspotential" zu sehen, um das oben genannte öffentliche Gut zu erzielen.

Wie steht es mit "selektiven Anreizen"? Die Logik dieser Strategie besteht bekanntlich darin, die Beteiligung an der Bereitstellung öffentlicher Güter durch ein Angebot von privaten Gütern anzuregen. Um Möglichkeiten selektiver Anreize zu entwickeln, wäre es zunächst erforderlich, die bestehende Anreizstruktur der Politikwissenschaftler zu identifizieren und diese den Anforderungen des oben skizzierten "Koexistenz-Modells" oder des anspruchsvolleren "Integrationsmodells" gegenüberzustellen. Das würde hier zu weit führen. Ich möchte an dieser Stelle daher nur einige anekdotische Anmerkungen und ein paar völlig ungeschützte Vorschläge in die Debatte werfen, um den Gedanken zu illustrieren.

Nach meinen Erfahrungen gerät der Policy-Forscher, insbesondere der außeruniversitäre, schnell in ein Feld mit starken zentrifugalen Kräften. Beabsichtigt er, in einem Politikfeld wie Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitspolitik, Wohnungspolitik oder Umweltschutzpolitik Problemlösungen zu entwickeln, dann ist er nicht nur gezwungen, sich Methoden und Ergebnisse anderer Fachdisziplinen anzueignen, sondern steht auch in Konkurrenz zu den anderen Fachdisziplinen, die aus ihrem Blickwinkel Policy-Analysen erstellen und Politikvorschläge entwickeln. Wollmann macht mit Recht darauf aufmerksam, daß Politikwissenschaftler im Bereich der Policy-Forschung eine fast verschwindende Minderheit sind. Politikwissenschaftler machen dabei die Erfahrung, daß ihre spezifisch politikwissenschaftliche Kompetenz – um es milde auszudrücken – nicht gerade enthusiastisch nachgefragt wird. Kommen (a) noch eine intellektuelle Neugier an der Sache hinzu ³⁾, (b) geringe Berufs- und Aufstiegschancen im akademisch-universitären Bereich, weil dort die Politikwissenschaft noch überwiegend nach traditionellen institutionellen Kriterien gegliedert ist ⁴⁾, dann kann sich ein Teufelskreis der von Hartwich befürchteten Segmentierung von Policy-Forschung und traditioneller Politikwissenschaft entwickeln. Um die außeruniversitären Berufschancen und die Wettbewerbschancen gegenüber anderen Disziplinen zu verbessern, spezialisiert man sich weiter und entfernt sich weiter

von politikfeldübergreifenden Fragestellungen. "Selektive Anreize" können an dieser Tendenz nicht viel ändern, zumal für diesen Typ von Policy-Forschern durchaus gute Berufschancen bei Gewerkschaften, Verbänden, Kammern, öffentlichen Verwaltungen, Forschungsinstituten, Internationalen Organisationen, evtl. auch in größeren Betrieben offenstehen. Die traditionelle Politikwissenschaft könnte sich diesem Typ von Policy-Forscher in stärkerem Maße als bisher öffnen, etwa durch Angebote von Forschungs- oder Honorarprofessuren oder Lektorenstellung; für beide Seiten würden sich Kooperations- und Lernchancen eröffnen, und die Studenten würden davon auch profitieren.

Die Bedingungen zur Realisierung des "Integrationsmodells" (vgl. dazu auch das Statement von Thurn) sind nicht optimistisch zu beurteilen. Vor allem auf universitärer Seite fehlen Anreize und Möglichkeiten für die dazu erforderliche interdisziplinäre Arbeit. Die ehrwürdige Institution des Forschungsfreisemesters reicht dazu nicht aus. Warum gibt es bei uns nicht, wie etwa in Amerika, die Möglichkeit, sich durch Einwerben von Drittmitteln von Lehrverpflichtungen zeit- oder teilweise "freizukaufen"? Eine solche Möglichkeit würde nicht nur den langen Atem schaffen, der für integrative und interdisziplinäre politikwissenschaftliche Ansätze erforderlich ist, sondern auch die Mobilität zwischen Traditionalisten und Policy-Forschern fördern und Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit geben, durch Ausfüllen der freiwerdenden Lehrdeputate nicht nur Geld, sondern auch wissenschaftliche Sporen zu verdienen.

Schließlich: nichts fördert mehr als Anerkennung und gute Beispiele. Hier fehlt es an institutionalisierten Anreizen. Warum gibt es kaum Forschungspreise für Leistungen, die im Sinne der "idealen Verbindung" von Polity, Politics und Policy beispielhaft sind? Hier könnte unsere Vereinigung durch Fondsbildung und Preisausschreiben aktiv werden.

Zum Schluß noch ein paar Worte zur Strategie, die ich mit dem Stichwort "politischer Unternehmer" umschrieben habe. Nach der Theorie der öffentlichen Güter besteht die Rolle des "politischen Unternehmers" darin, die latente Bereitschaft der betroffenen Akteure zur gemeinsamen Bereitstellung eines öffentlichen Gutes zu aktualisieren, indem er einen bestimmten Kooperationsplan und einen Konsens über diesen Plan herbeiführt (Eschenburg, 1975:291 f). Ich

meine, daß die Rolle von Herrn Hartwich zur Entstehung und Gestaltung dieses Symposiums schon ein gutes Beispiel darstellt für den Gedanken, den ich hier ausdrücken möchte. Wir sollten dabei jedoch nicht stehen bleiben. Ich könnte mir noch folgende Funktionen des "politischen Unternehmers" in Sachen Integration der Politikwissenschaften vorstellen:

Erstens: Entwicklung von gesellschaftspolitisch relevanten und integrationsfähigen Themen und ihre Inangriffnahme in Form von Großprojekten. Ich denke dabei zunächst an die Wiederbelebung des Schumpeterschen Themas "Die Krise des Steuerstaates".

"Die Finanzen sind einer der besten Angriffspunkte der Untersuchung des sozialen Getriebes, besonders, aber nicht ausschließlich, des politischen. (Schumpeter 1918/1976:332)

Weitere integrationsfähige und große Zukunftsthemen könnten sein: Die Politik der Arbeitszeitverkürzung (vgl. den entsprechenden Vorschlag im Antragspapier von Hartwich); Politik der verkabelten Gesellschaft; die Zukunft der repräsentativen Demokratie; Gleichstellungspolitik für Frauen; Politik der Inflation und Arbeitslosigkeit; Politik des Mindesteinkommens; Politische Utopien der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aber auch eher methodisch orientierte Großprojekte wären in diesem Zusammenhang zu nennen, um eine spezifisch politikwissenschaftliche Methodenausbildung voranzutreiben, z. B. politische Steuerungs- und Regelungstheorien, Simulation politischer Entscheidungsprozesse.

Zweitens: Herstellung projektspezifischer Kooperationsverbünde. Zustimmung denke ich hier z. B. an die Bemerkung von Hesse, daß die Begleitforschung großer politischer Programme beispielhaft für eine interdisziplinäre und analytische Verbindung der großen politikwissenschaftlichen Erklärungsansätze sein kann. Ich frage mich auch, warum es in der Politikwissenschaft so wenige Sonderforschungsbereiche gibt. Fehlen hier die "politischen Unternehmer" oder liegt es an den mangelnden Kapazitäten der politikwissenschaftlichen Institute einzelner Universitäten? Wenn letzteres zutrifft, warum werden derartige Forschungskampagnen nicht universitätsübergreifend organisiert?

Drittens: Herstellung von Publikationsverbünden: Zur Stabilisierung des Selbstverständnisses der Politikwissenschaft wäre es wichtig, die eigenen historischen, methodischen und theoretischen Grundlagen

nicht nur in Einzelkämpfermanier, sondern im arbeitsteiligen Verbund weiterzuentwickeln. Ich denke hier an grundlegende Sammelwerke etwa zu den Themen "Politische Theorie", "Politikwissenschaftliche Methoden", "Geschichte der Politikwissenschaft".

Die Risiken des "politischen Unternehmers" im Bereich der Politikwissenschaft sind möglicherweise noch größer und die Bedingungen noch schwieriger als die der Unternehmer, die Schumpeter im Auge hatte. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir sie brauchen.

Anmerkungen:

- (1) Erinnern möchte ich dabei an die Sozial - Indikatorenbewegung der sechziger Jahre im Gefolge des Aufschwungs der Policy-Forschung, die merkwürdigerweise in keinem der beiden Hauptreferate Erwähnung findet.
- (2) Vergleiche in diesem Sinne auch (neben dem von Wollmann zitierten Lasswell) Arnold Rogow anlässlich einer mit diesem Symposium ähnlichen Debatte in Amerika in den fünfziger Jahren (Rogow 1957).
- (3) Die Kritiker der Policy-Forschung unterschätzen m. E. diesen Punkt in der Beurteilung der Motivation von Policy-Forschern ganz erheblich, während sie die Motivation des idealistischen oder "sozialdemokratischen" Reformeifers überschätzen.
- (4) Politische Philosophie, Regierungssysteme, Parteien und Verbände, Internationale Politik.

Literatur:

Eschenburg, Rolf: 1975. Politische Unternehmer und öffentliche Güter. Möglichkeiten und Grenzen der gemeinsamen Bereitstellung öffentlicher Güter in großen Gruppen, in: Erich Arndt u. a. (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft. Ordnung ohne Dogma, Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 257 - 302.

Rogow, Arnold, A.: 1957. Comment on Smith and Apter, or Whatever Happened to the Great Issues?, in: The American Political Science Review, Vol. LI, S. 763 - 775 (Übersetzt in: Robert H. Schmidt (Hg.), Methoden der Politologie, Darmstadt 1967: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 242 - 264).

Schumpeter, Joseph: 1918. Die Krise des Steuerstaats. (Wiederabgedruckt in: Hickel (Hg.), Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur Politischen Ökonomie der Staatsfinanzen), Frankfurt

a. M. 1976: Suhrkamp, S. 329 - 379.

Die restlichen Verweise beziehen sich auf die Hauptreferate und (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) auf die Statements des Symposiums.